

**Wahlaus sage
zur Landtagswahl 1971
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Rheinland-Pfalz**

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag
in Mainz am 17. Oktober 1970)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftensammlung, D2-4334
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-400

WAHLAUSSAGE

zum 21. März 1971

I.

In der nächsten Legislaturperiode fallen weittragende bundespolitische Entscheidungen, zu denen eine Landesregierung klar Stellung beziehen muß. Daher bekennen wir uns zu folgenden bundespolitischen Zielsetzungen:

1. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz steht geschlossen hinter der von Walter Scheel eingeleiteten und von den Westmächten unterstützten Friedenspolitik mit dem Osten. Diese Politik darf im Bundesrat durch die Landesregierung nicht blockiert werden.
2. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz unterstützt alle Bemühungen Hans Dietrich Genschers zur Neugliederung der Bundesrepublik und hält die Zusammenfassung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes für die einzige erreichbare reale Lösung.
3. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz ist bereit, in der Bildungspolitik weitere Kompetenzen auf den Bund zu übertragen, um endlich eine einheitliche Schul- und Hochschulpolitik für das ganze Bundesgebiet zu ermöglichen.
4. Für die F.D.P. Rheinland-Pfalz hat die Stabilität der Währung in der Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturpolitik herausragenden Rang.

II.

In der Landespolitik lehnen wir es ab, nach Art eines Kaufhauskataloges in allen Bereichen nur mehr und mehr zu fordern. Wir wissen, daß diese übertriebenen Forderungen ihre natürliche

Begrenzung finden in der Leistungsfähigkeit des Staates, die ihrerseits wieder basiert auf der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Daher muß zunächst die Leistungsfähigkeit des Staates durch eine Fortführung der von der F.D.P. im Jahr 1959 eingeleiteten Strukturpolitik gesteigert und die Finanzkraft des Landes durch einen Abbau des immer noch bestehenden Gefälles zu den reichen Ländern verbessert werden.

Unsere Ziele sind dabei:

5. Im Bildungsbereich

- a) Die vorschulische Erziehung. Jeder neue Kindergarten muß dieser Zielsetzung entsprechen.
 - b) Jede neue Schule muß die Entwicklung zur offenen Schule ermöglichen.
 - c) Alle Schulen müssen eine liberale Schulverfassung erhalten.
 - d) In der Berufsausbildung sind in den nächsten 4 Jahren vor allem in den wirtschaftsschwachen Gebieten staatliche Überbetriebliche Lehrlingsausbildungsstätten zu schaffen.
 - e) Das Hochschulgesetz des Landes muß auf der Grundlage des kommenden Bundesrahmengesetzes reformiert werden.
 - f) Die Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich müssen abgebaut werden. Dabei ist vorrangig der Ausbau der Hochschulen in Trier und Kaiserslautern fortzuführen.
 - g) Die Studiengänge im tertiären Bildungsbereich sind neu zu ordnen.
6. Die Fragen des Umweltschutzes sind in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Land anzupacken und zu fördern, damit Luft und Gewässer wieder sauberer werden. Daher müssen in den nächsten 4 Jahren die Abwässer der Großstädte Mainz und Ludwigshafen als vordringlichste Maßnahmen biologisch geklärt werden.
7. Nach einer Phase der Ruhe in der territorialen Verwaltungsreform müssen die Grundlagen für zukünftige Reformen gelegt werden. Die innere Struktur der Verwaltung ist zu verbessern.

8. Wir wollen mehr Eigentum in der Hand der Arbeitnehmer. Und damit allen sozialistischen Experimenten auf wirksamste Weise entgegentreten. Den Weg zum Eigentum, ob Grundstück, Wohnhaus oder Eigentumswohnung wollen wir erleichtern. In der nächsten Legislaturperiode sollen mindestens 75 000 Familien mehr in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. Zu diesem Zweck werden wir die Grunderwerbssteuer abschaffen.
9. Wir werden eng mit Bundeslandwirtschaftsminister Ertl zusammenarbeiten, der sich nicht scheut, die Wahrheit zu sagen. Seine Bemühungen um eine aktive Preis- und Einkommenspolitik als Teil der Strukturverbesserung werden wir ebenso unterstützen, wie die Konzentration der Förderungsmittel auf die zukunftsorientierten Vollerwerbsbetriebe. Die soziale Sicherung der Landwirte ist durch Einführung der Krankenversicherungspflicht zu verbessern.
10. Es gibt Minderheiten in unserer Gesellschaft, an deren Interessen unsere Massendemokratie achtlos vorbeigeht. Wir werden uns besonders für drei solcher Minderheiten einsetzen:
 - a) Die Kinder müssen im mörderischen Verkehr besser geschützt werden. Ständige Aktionen müssen uns in Unruhe halten.
 - b) Unsere Alten sollen nicht in die Gettos der Altenheime verbannt werden. Sie müssen mit uns leben.
 - c) Viele Menschen zwischen 50 und 60 haben Angst vor ihrem Lebensabend und wissen nicht einmal, welche Renten sie zu erwarten haben. Diese zermürbende Ungewissheit muß ihnen genommen werden.

III.

Gelingt es, auf dieser Grundlage eine Vereinbarung herbeizuführen, ist die F.D.P. Rheinland-Pfalz bereit, die Koalition mit der CDU fortzuführen. Der außerordentliche Parteitag am 17. Oktober 1970 hat diese Koalitionsaussage einmütig bestätigt.

IV.

Die F.D.P. Rheinland-Pfalz geht mit dem sicheren Gefühl des Erfolges in den Wahlkampf. Die letzten Wahlen in Hessen und Bayern haben gezeigt, daß Deutschland nicht auf das liberale Gedankengut verzichten kann. Unser Programm ist ein Teil dieses liberalen Gedankengutes. Und es wird von Männern getragen, den Spitzenkandidaten in den Wahlkreisen, die sich vielfach bewährt haben und die die Durchsetzung dieses Programms garantieren:

Hermann Eicher, Finanzminister
Fritz Schneider, Justizminister
Hans Friderichs, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium
Werner Danz, Fraktionsvorsitzender
Hans-Otto Scholl, stellv. Fraktionsvorsitzender